

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. März 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

B 74 A Volksinitiative «Gegen Fan-Gewalt» und Gegenentwurf; Botschaft und Entwurf Kantonsratsbeschluss und Gegenentwurf in Form einer Änderung des Gesetzes über die Luzerner Polizei (PolG); Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative «Gegen Fan-Gewalt» / Justiz- und Sicherheitsdepartement

1. Beratung

Für die Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) spricht Kommissionspräsident Patrick Hauser.

Patrick Hauser: Am 4. Februar 2026 wurde die JSK von Regierungsrätin Ylfete Fanaj, Polizeikommandant Adi Achermann sowie Reto Ruhstaller, Leiter Rechtndienst des Justiz- und Sicherheitsdepartementes (JSD) über die Volksinitiative und den Gegenentwurf informiert. Die Kommissionsmitglieder hatten dabei Gelegenheit, eine Vielzahl von Fragen zu stellen. Diese Gelegenheit wurde intensiv genutzt. Es ging dabei um die Klassifizierung als rote, gelbe, oder grüne Spiele. Daneben wurden verschiedene Fragen zur Videoüberwachung und deren Auswertung sowie zur Einzeltäterverfolgung gestellt. Auch das bestehende Vermummungsverbot, die Verantwortung der Liga und die gesellschaftlichen Phänomene wurden angesprochen. Die umfangreiche Fragerunde war sehr wertvoll im Hinblick auf die 1. Beratung der Botschaft. Am Freitag, dem 6. März 2026, fand in der JSK die 1. Beratung der Vorlage statt. Regierungsrätin Ylfete Fanaj und Reto Ruhstaller waren wiederum anwesend und konnten Fragen beantworten. Alle Fraktionen traten auf die Botschaft ein. Es wurden mehrere Anträge zum Gegenentwurf der Botschaft gestellt. Alle Anträge wurden von der JSK grossmehrheitlich abgelehnt. Es waren folgende Anträge: zur Identitätskontrolle und deren Dokumentation. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. Zur schriftlichen Zustimmung zum An- und Rückreisekonzept für Gästefans. Dieser Antrag wurde ebenfalls mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. Zur Art und Weise der Eingangskontrollen. Auch dieser Antrag wurde mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. Zur Videoüberwachung bei Fanmärschen und beim Einlass. Dieser Antrag wurde mit 11 zu 2 Stimmen abgelehnt. Zur Verhältnismässigkeit der Videoüberwachung und deren zeitliche und räumliche Beschränkung. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt. Auf die heute vorliegenden Anträge werde ich gerne bei der Detailberatung eingehen. Die JSK hat den Gegenentwurf nicht verändert. Sie stimmte dem vorgeschlagenen Kantonsratsbeschluss betreffend Ablehnung der Initiative mit 10 zu 3 Stimmen zu. Dem Gegenentwurf stimmte die JSK schliesslich einstimmig zu. In der Gesamtabstimmung stimmte die JSK der Vorlage insgesamt mit 10 zu 3 Stimmen zu. Die JSK beschloss die Botschaft B 74 mit Fraktionssprechenden zu beraten und eine

Medienmitteilung zu verfassen. Diese wurde am 13. März 2026 publiziert.

Für die Mitte-Fraktion spricht Daniel Rüttimann.

Daniel Rüttimann: Ich spreche zur Botschaft B 74 und nehme keinen Bezug auf die heutige Medienmitteilung über die gestrigen Vorfälle im Anschluss an den Fussballmatch. Dass der Regierungsrat – fristgerecht mit sportlicher Verlängerung – einen Gegenvorschlag vorlegt, zeigt klar: Die bestehenden gesetzlichen Grundlagen reichen nicht aus, um den wiederholten Vorfällen mit Sachbeschädigungen, Einschränkungen und erheblichen Kosten wirksam und nachhaltig zu begegnen. Es besteht Handlungsbedarf. Die Rückmeldungen aus der Kommission und aus parteiübergreifenden Gesprächen deuten darauf hin, dass der Gegenvorschlag im Rat breite Unterstützung finden dürfte – was so nicht zwingend zu erwarten war. Die Problematik ist und wird anerkannt. Auch aus der Bevölkerung kommt ein klares Signal: Fehlverhalten wird nicht toleriert und soll konsequent geahndet werden – unabhängig davon, ob es im Umfeld von Sportveranstaltungen oder Demonstrationen auftritt. Sportveranstaltungen sollen Orte der Begegnung sein – Orte der Freude, der Fairness und des Miteinanders. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie Sport Menschen verbindet und Gemeinschaft ermöglicht, so etwa die Frauen-EM in Luzern oder grosse, wiederkehrende eidgenössische Feste. Doch es gibt auch eine andere Realität: In gewissen Bereichen haben sich kleine, aber lautstarke Gruppierungen etabliert, die den Sport für Gewalt und Randalere missbrauchen. Die Folgen sind massive Polizeieinsätze, hohe Kosten und eine Belastung für die Allgemeinheit. Das darf nicht sein. Im Kanton Luzern zeigt sich dies insbesondere rund um Spiele auf der Allmend. Schweizweit gelten jährlich rund 86 Spiele der höchsten Liga als Hochrisikospiele bezüglich Kosten und Aufwand. Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass in der Stadt Luzern bereits Schritte unternommen wurden, etwa bei der Kostenbeteiligung. Positiv sind auch die Professionalisierung des Spotterwesens und geplante bauliche Massnahmen beim Gästesektor im Stadion zu werten. Dennoch bleibt das Grundproblem bestehen. Der Gegenvorschlag bringt Verbesserungen, aber keinen grundlegenden Systemwechsel. Ob das langfristig ausreicht, ist fraglich. Ein erheblicher Teil der Kosten bleibt beim Steuerzahler – was bei vielen auf Unverständnis stösst. Frühere parlamentarische Vorstösse blieben zu wenig wirksam, weshalb die Initiative überhaupt lanciert, breit unterstützt und eingereicht worden ist. Die bisherigen Bemühungen und der «Luzerner Weg» sind grundsätzlich zu begrüßen. Doch die zentrale Frage bleibt: Reicht das aus? Erfahrungen zeigen, dass ruhige Phasen oft trügerisch sind. Ist politischer Druck vorhanden, finden plötzlich gute Gespräche und erste Massnahmen statt. Es braucht letztlich aber verbindliche und nachhaltige Lösungen. Der Gegenvorschlag verankert wichtige Erkenntnisse aus der Praxis im Polizeigesetz: Bewilligungsauflagen, Videoüberwachung und Einzelbewilligungen für Hochrisikospiele. Die Initiative geht weiter – etwa mit der ID-Pflicht, der verbindlicher Einbindung der Gastclubs und dem verpflichtenden Kaskadenmodell. Entscheidend ist: Ohne klare Sanktionen bleibt die Wirkung begrenzt. Das Rechtsgutachten bestätigt zudem, dass der gültige Teil der Initiative weiterhin sinnvoll und zielgerichtet ist. Es ist also vertretbar, dies so zu fordern, die Umsetzung kann schwierig, sollte aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht als unmöglich qualifiziert werden. Der Hauptunterschied zwischen Gegenvorschlag und Initiative ist in erster Linie ein politischer. Der Gegenvorschlag verzichtet bewusst auf Luzerner Sonderlösungen. Die Initiative stellt einen Luzerner Weg dar, der eine Vorbildfunktion hat und bei anderen Kantonen einen Nachahmeeffekt mit sich ziehen kann. Wir begrüßen, dass das Luzerner Stimmvolk in einer Doppelabstimmung darüber befinden kann. Ein Fazit in vier Punkten: Erstens: Es ist richtig und notwendig, dass das Problem ernsthaft angegangen wird. Dass wir heute darüber sprechen, ist bereits ein Erfolg, ein erster Schritt. Zweitens: Der Gegenvorschlag bleibt kritisch betrachtet jedoch zu wenig verbindlich und ist zu wenig

konsequent. Es ist fraglich, ob die Ziele damit erreicht werden können. Drittens: Die Mitte tritt auf die Vorlage ein. In der Detailberatung beantragen wir, den gültig verbliebenen Teil der Initiative anzunehmen. Fünftens: Ich habe eingangs bei der Fristverlängerung von einer Verlängerung gesprochen. Nun ja, es ist somit gut möglich, dass wir noch ins Penaltyschiessen gehen – in Form einer Volksabstimmung, respektive Doppelabstimmung.

Für die SVP-Fraktion spricht Mario Bucher.

Mario Bucher: Bereits die Erklärung der Teilungültigkeit zeigt deutlich: Diese Initiative war von Anfang an gut gemeint, aber rechtlich mangelhaft konstruiert. Zentrale Forderungen mussten gestrichen werden, weil sie gegen übergeordnetes Recht verstossen hätten. Übrig geblieben ist ein Rest – formal zulässig, aber politisch und inhaltlich nicht zielführend. Und genau das ist der Punkt: Was heute noch vorliegt, löst das Problem der Fan-Gewalt nicht. Es schafft keine wirksamen neuen Instrumente. Es bringt keinen echten Mehrwert gegenüber dem, was bereits besteht. Wir haben heute schon Instrumente wie das Hooligan-Konkordat, Rayonverbote, Meldeauflagen und Bewilligungspflichten. Das Problem ist nicht ein Mangel an Ideen, sondern ein Mangel an konsequenter Umsetzung und klarer Verantwortung. Wenn wir jetzt diesem Teil der Initiative zustimmen, dann machen wir genau das, was wir nicht tun sollten: Wir betreiben Symbolpolitik. Wir erwecken den Eindruck von Handlungsfähigkeit, ohne tatsächlich etwas zu verbessern. Und auch das hat Folgen: Es untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik, wenn grosse Versprechen gemacht werden, aber am Ende keine Wirkung entsteht, verlieren wir die Bevölkerung. Eine Vorlage muss nicht nur gut gemeint, sondern auch wirksam sein. Das ist hier nicht zwingend der Fall. Ein Grossteil der SVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und lehnt den verbleibenden Teil ab. Aber eines ist ebenso klar: Die Gewalt verschwindet nicht, wenn wir diese Initiative ablehnen. Im Gegenteil, der Handlungsdruck bleibt hoch. Wenn wir über Fan-Gewalt sprechen, müssen wir eines endlich offen aussprechen: Wir haben nicht nur ein Sicherheitsproblem. In erster Linie haben wir auch ein Verantwortungsproblem. Seit Jahren erleben wir das gleiche Muster: Ausschreitungen rund um Spiele, massive Polizeieinsätze, hohe Kosten und am Ende zeigt jeder auf den anderen. Aber bezahlen muss der Steuerzahler. So geht es nicht weiter. Ein Blick ins Ausland zeigt: Dort, wo konsequent gehandelt wurde, etwa in England nach den schweren Hooligan-Ausschreitungen der 1980er-Jahre, hat sich die Lage deutlich verbessert. Nicht durch Schönreden, sondern durch klare Regeln, konsequente Durchsetzung und echte Verantwortung der Klubs. Aber auch die Fans haben in England realisiert, dass sie Fussball zu sehr lieben und ihre Liebe nicht durch Gewalt zerstören wollen. Genau hier setzt der Gegenvorschlag des Regierungsrates an. Er ist kein Schnellschuss, sondern ein pragmatischer, umsetzbarer Ansatz: klare Bewilligungen für Risikospiele, verbindliche Auflagen für Klubs, gezielte Sicherheitsmassnahmen und eine bessere Organisation rund um die Spiele. Das ist der richtige Weg. Für die SVP ist entscheidend: Die Klubs müssen sich spürbar an den Polizeikosten beteiligen. Sie und nicht der Staat müssen ihre Fans im Griff haben. Sie müssen Gewalttäter identifizieren und konsequent ausschliessen. Und sie müssen endlich aufhören, die Verantwortung abzuschieben. Denn eines ist nicht akzeptabel, dass private Veranstaltungen Gewinne erzielen und die öffentliche Hand für die Sicherheit aufkommt. Ob jetzt der FCL bereits die höchsten Kosten aller Klubs hat oder nicht kann nicht das Problem der Politik sein, sondern sollte das Problem der Liga sein. Wir machen Politik für die anständigen Bürgerinnen und Bürger. Für Familien, für Pendler, für Gewerbetreibende und nicht für Chaoten, die Fussballspiele missbrauchen, um Krawall zu machen, und nicht für Fussballklubs und deren Funktionäre, welche solche Chaoten schützen. Der Gegenvorschlag ist rechtlich sauber, umsetzbar und zielgerichtet. Er stärkt die Verantwortung dort, wo sie hingehört. Und genau deshalb unterstützt eine Mehrheit der SVP-Fraktion den

Gegenvorschlag. Wer den Fussball schützen will, muss klare Regeln durchzusetzen. Regeln, die auch durchsetzbar sind. Sonst verliert am Ende nicht nur die Politik Ihre Glaubwürdigkeit, sondern der Fussball selbst seine Akzeptanz in der Bevölkerung. Lange Rede kurzer Sinn: Eine Mehrheit der SVP-Fraktion folgt dem Antrag der Regierung. Auch allfällige Anträge wird die SVP ablehnen. Um den Ratsbetrieb angesichts der Traktandenliste nicht künstlich zu verlängern, werde ich nicht mehr einzeln Stellung dazu nehmen.

Für die FDP-Fraktion spricht Eva Forster.

Eva Forster: Die FDP verurteilt Gewalt. Gewalt hat im Umfeld von Sportveranstaltungen keinen Platz. Wir stehen klar für Sicherheit und konsequente Massnahmen gegen Ausschreitungen ein. Wie bereits während der Debatte zur teilweisen Ungültigkeit der Initiative ausgeführt, sind zentrale Elemente nicht mit übergeordnetem Recht vereinbar. Der verbleibende Teil hingegen deckt sich in weiten Teilen mit bestehenden Regelungen. Eine reine ID-Kontrolle ohne Abgleich mit der nationalen HOOGAN-Datenbank, wo eine nationale Gesetzesanpassung notwendig ist, ist nicht zielführend und nicht wirksam. Das Gleiche gilt für eine ID-Kontrolle bei den Fantransporten. Beides ist bereits heute möglich, da es eine Kann-Bestimmung im Hooligan-Konkordat ist. Die FDP will keine symbolische Gesetzgebung, nur damit wir wieder ein Gesetz mehr haben. Unser Ansatz ist klar eine konsequente Einzeltäterverfolgung statt Kollektivstrafen. Sicherheit entsteht nicht durch pauschale Massnahmen, sondern mit gezielter Identifikation und Ahndung von Personen, die straffällig werden. Die Ausschreitungen von gestern Abend nach dem Match zeigen, dass die bereits genannten Massnahmen wie eine ID-Kontrolle die Sprayereien und Sachbeschädigungen nicht verhindert hätten. Dass jetzt konsequent das Kaskadenmodell angewendet werden soll, erachten wir als wichtig und richtig. Genau das zeigt, dass der «Luzerner Weg», die Stärkung von Prävention und Dialog zwischen Polizei und Clubs, richtig ist. Daher anerkennen wir, dass die Regierung mit dem Gegenentwurf diesen Weg weiter strukturieren will. Der Entwurf stärkt die Verantwortung der Clubs, präzisiert das Bewilligungsverfahren und verstärkt die Videoüberwachung und somit die Handlungsfähigkeit der Polizei. Was aber absolut zentral bleibt: Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass bei Ausschreitungen konsequent gehandelt wird – genauso wie jetzt. Die FDP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein, lehnt die Initiative grossmehrheitlich ab und stimmt dem Gegenentwurf grossmehrheitlich zu. Zu den Anträgen äussern wir uns in der Detailberatung.

Für die SP-Fraktion spricht Anja Meier.

Anja Meier: Die Volksinitiative «Gegen Fan-Gewalt» verspricht eine einfache Lösung für ein Problem, das in unserer Gesellschaft verständlicherweise stark emotionalisiert ist. Die Bilder von Ausschreitungen rund um Fussballspiele sind vielen bekannt: Fanmärsche, grosse Polizeiaufgebote und im schlimmsten Fall Sachbeschädigungen. Das löst Emotionen aus wie Unverständnis, Ärger, Verunsicherung und Angst. Gewalt rund um Fussball ist Teil eines grösseren gesellschaftlichen Phänomens. Dort, wo Emotionen hochgehen, dort entlädt sich bei einer kleinen Minderheit von Fans der Alltagsfrust und es endet schlimmstenfalls in Ausschreitungen. Für die SP ist klar: Gewalt rund um Sportveranstaltungen ist inakzeptabel. Es ist richtig, dass die Politik dieses Thema ernst nimmt. Die entscheidende Frage ist jedoch nicht, ob wir handeln, sondern wie. Wir befinden heute nicht nur über den Gegenvorschlag der Regierung, sondern auch über die Initiative der Mitte, respektive über das, was nach der Erklärung der Teilungültigkeit im letzten Herbst übriggeblieben ist. Für die SP ist klar: Die in der Initiative vorgeschlagenen Massnahmen sind weder verhältnismässig noch wirksam und sie verstossen teilweise gegen höheres Recht, wie bereits von Eva Forster ausgeführt. Automatische, flächendeckende ID-Kontrollen am Stadioneingang, ohne dass die Besucherdaten überhaupt gespeichert und an die Strafverfolgungsbehörden herausgegeben

und bei Bedarf ausgewertet werden, verursachen vor allem viel Aufwand bei der Polizei, bringen aber am Ende des Tages absolut keinen sicherheitsrelevanten Mehrwert. Besonders problematisch sind die Automatismen. Die geforderten zwingenden Sanktionen lassen keinen Raum für situationsangepasste Ansätze und eine gezielte Einzeltäterverfolgung. Das ist unverhältnismässig, trifft auch Unbeteiligte und läuft auf Kollektivstrafen hinaus. Das lehnt die SP ab. Aus unserer Sicht braucht es keine Symbolpolitik und keine Scheinsicherheit, sondern wirksame, verhältnismässige und rechtsstaatlich saubere Massnahmen. Der Gegenvorschlag verfolgt einen anderen Ansatz. Er verankert den bereits heute praktizierten «Luzerner Weg» im Gesetz: Dialog, Prävention, klare Bewilligungsaufgaben und gezielte polizeiliche Massnahmen zur Gewährleistung der Einzeltäterverfolgung. Damit bringt der Gegenvorschlag eine wirkungsvolle Veränderung gegenüber dem Status quo: Er schafft Verbindlichkeit im Gesetz. Was heute teilweise über Vereinbarungen oder Bewilligungspraxis läuft, wird künftig gesetzlich abgestützt. Die Stärkung der rechtlichen Grundlagen – insbesondere im Bereich Prävention und Dialog – ist aus Sicht der SP-Fraktion ein klarer Mehrwert. Auch bei baulichen Massnahmen oder bei der Mitfinanzierung von Sicherheitsinfrastruktur hat sich gezeigt, dass klare rechtliche Grundlagen hilfreich sind, damit Anpassungen auch umgesetzt werden können. Der «Luzerner Weg» setzt auf Deeskalation, Kooperation und klare Spielregeln. Die Cluballianz, der Runde Tisch, das professionalisierte Spotterwesen, die Fanarbeit sowie Projekte in der Jugendarbeit sind wichtige Bausteine dieses Ansatzes. Sicherheit entsteht nicht allein durch Repression, sondern durch die Zusammenarbeit der konstruktiven Kräfte auf allen Seiten. Wichtig ist für die SP auch die Verpflichtung der Klubs. Mit dem Gegenvorschlag wird die stärkere Inpflichtnahme der Klubs klar zugewiesen. Gleichzeitig gilt festzuhalten, dass der FC Luzern bereits heute einen sehr hohen Anteil der Sicherheitskosten trägt – im schweizweiten Vergleich sogar den höchsten. Dieser Punkt geht in der Diskussion oft unter. Zentral ist auch die Einbettung des Gegenvorschlags in den nationalen Kontext – das leistet er. Isolierte Massnahmen nur auf dem Platz Luzern, die nicht national koordiniert sind, bringen nichts. Die Einführung von personalisierten Tickets ist infolge eines Parlamentsentscheids in Bern für unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. Das zeigt, dass der Weg der Initiative in eine Sackgasse führt. Einige Worte zur Videoüberwachung: Die SP steht der geplanten Ausweitung nicht unkritisch gegenüber. Videoüberwachung ist ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und den Schutz der Privatsphäre. Entscheidend ist deshalb, dass die Zweckbindung klar bleibt und insbesondere keine automatisierte Gesichtserkennung eingeführt wird, wie es die Botschaft ausdrücklich festhält. Gleichzeitig gilt: Wenn Einzeltäter konsequent verfolgt werden sollen, braucht es Beweismittel. Videoüberwachung kann dabei – rechtsstaatlich eingebettet – ein wirksames Instrument sein. Wichtig ist jedoch, dass sie gezielt und verhältnismässig eingesetzt wird. Hier sehen wir beim Gegenvorschlag noch Präzisionsbedarf; darauf kommen wir bei den Anträgen zu sprechen. Bei aller Ernsthaftigkeit des Themas ist uns aber auch eine Einordnung wichtig: So ärgerlich und inakzeptabel Ausschreitungen bei Fussballspielen auch sind: Im Vergleich zu organisierter Kriminalität, häuslicher Gewalt oder anderen schweren Delikten ist die Problematik rund um Fussballspiele sicherheitspolitisch nicht die grösste Herausforderung im Kanton Luzern. Auch das gehört zur sachlichen Einordnung dieser Debatte dazu, und wir haben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch die Verantwortung, diese sachliche Einordnung vorzunehmen. Für die SP ist zentral, dass Prävention nicht nur im Dialog stattfindet, sondern auch gegen aussen sichtbar wird. Wir sehen insbesondere bei Präventionskampagnen sowie bei der Information von Anwohnenden entlang von Fanmarsch-Routen noch Potenzial. Gute Kommunikation im Vorfeld kann viel zum Verständnis sowie dem Vertrauen in die Behörden beitragen. Sicherheit entsteht nicht nur durch Kontrolle, sondern auch durch Sensibilisierung

und gegenseitigen Respekt. Die SP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Wir unterstützen die Ablehnung der verbleibenden gültigen Teile der Volksinitiative, stimmen den redaktionellen Änderungen zu und befürworten den Gegenvorschlag. Er ist verhältnismässig, pragmatisch und rechtsstaatlich sauber, und damit der richtige Weg für den Kanton Luzern. Zu den Anträgen äussern wir uns in der Detailberatung.

Für die Grüne Fraktion spricht Rahel Estermann.

Rahel Estermann: Unser gemeinsames Ziel ist klar: Wir wollen sichere, friedliche und zugleich leidenschaftliche Fussballspiele – für alle Beteiligten. Wenn die Stimmung friedlich ist, macht es nicht nur allen mehr Spass, sondern es braucht auch weniger Polizei. Auch das ist ein wichtiger Punkt in Anbetracht der gut ausgelasteten Polizei. Im Mai 2023 war ich geschockt, als ich spätabends mit dem Zug am Luzerner Bahnhof ankam und mitten in den Ausschreitungen nach dem Spiel Luzern gegen St. Gallen landete. Flammen im Bahnhof, Sachbeschädigungen auf meinem Heimweg im ganzen Neustadt-Quartier, die Polizei mit einem riesigen Aufgebot. Für mich war klar: Das darf nicht sein, hier müssen wir Lösungen finden. Ich habe unmittelbar danach auch eine Anfrage eingereicht, welche nach solchen Lösungen und erfolgsversprechenden Wegen fragte. Es gibt sie. Auch die kantonalen Polizeidirektorinnen und -direktoren haben in ihren Berichten nichts anderes festgehalten. Die Instrumente sind Dialog, Prävention, Fanarbeit – aber nicht kollektive Repression. Die bisherigen Erfahrungen aus diversen Ländern und Orten bestätigen das. Bis gestern hätte ich in meinem Votum festgehalten, dass es auf dem Platz Luzern seit knapp drei Jahren keine grösseren Ausschreitungen und Gewalt mehr gab. Seit gestern ist Abend ist das nicht mehr der Fall. Es kam zu Ausschreitungen, wenn sie auch nicht gravierend waren. Das ist aber kein Grund zu sagen, dass die Situation heute anders ist als gestern. Das Gewaltproblem kann nie zu 100 Prozent gelöst werden und es gibt keine Garantie, dass es besser wird. Ein eindrückliches Resultat der letzten drei Jahre ist aber, dass die Polizeieinsätze und die Ausschreitungen abgenommen haben. Das Ärgernis der Bevölkerung über die Fans und die Vorkommnisse an Fussballspielen hat abgenommen. Das ist ein eindrücklicher Weg. Das JSD hat es offensichtlich geschafft, die Situation zu beruhigen. Deshalb ist es richtig, dass wir diesen Weg weitergehen, auch wenn es in Zukunft – egal ob mit Initiative oder Gegenvorschlag – keine Garantie gibt, dass es zu keinen Ausschreitungen kommt. Die Rezepte der Mitte-Initiative hingegen sind aus unserer Sicht kontraproduktiv. Ein grosser Teil der Forderungen der Initiative sind sogar rechtsstaatlich äusserst problematisch. Darüber hat unser Rat letzten Herbst diskutiert. Es ist klar: Massnahmen, die den Grundsätzen des Rechtsstaats nicht gerecht werden, haben keinen Platz. Deshalb haben wir als Kantonsrat diesen grossen Teil der Initiative letzten Herbst für ungültig erklärt. Auch der verbleibende Teil der Initiative bringt nichts: Massnahmen wie die ID-Pflicht sind unverhältnismässig, teuer und ineffizient. Würde diese Initiative angenommen, hätten wir innert Kürze noch mehr Zunder auf dem Platz Luzern. Das wollen wir alle wohl nicht. Aus diesen Gründen lehnen wir die Initiative ab – auch ihren verbleibenden, gültigen Teil. Der Gegenvorschlag hingegen nimmt den bisherigen Weg auf, setzt noch einige Massnahmen drauf, macht das Ganze verbindlicher und nimmt dabei auch die brauchbaren Ideen der Initiative auf. Ich möchte der Regierung für diese Vorlage danken – es wurde hier sichtlich sehr viel Arbeit geleistet und das in einer komplexen Ausgangslage. Die Vorlage hat Substanz und ist ein guter Weg in diesem komplexen Gebilde von national, Rechtsstaat und gleichzeitig Prävention und Dialog. Ein funktionierender Dialog, eine funktionierende Zusammenarbeit mit allen Akteuren basiert auf Respekt und Vertrauen. Beides lässt sich nicht verordnen, sondern muss wachsen. Das kann man nicht in eine Initiative schreiben, sondern das ist eine gute Investition. Ich finde es wichtig, auch in Zukunft an dieser Investition festzuhalten. Wir sehen deshalb den Nutzen

eines Gegenvorschlags, der diesen Weg stärkt und gezielt ergänzt. Der vorliegende Gegenvorschlag geht deutlich über den Status quo hinaus, etwa mit der Videoüberwachung und enthält viele sinnvolle Elemente. Dazu gehört insbesondere die Stärkung der Cluballianz und der Dialogplattformen, indem die Clubs verbindlich in die Pflicht genommen werden. Ebenso wichtig sind durchdachte An- und Abreisekonzepte sowie die klare Verpflichtung der Klubs zu Sicherheitsmassnahmen in ihren Stadien. Gleichzeitig stehen wir repressiven Massnahmen wie der Videoüberwachung weiterhin kritisch gegenüber. Wir erachten sie oft als kontraproduktiv – das haben wir bereits im Rahmen der Beratungen im letzten Herbst deutlich gemacht. Der Gegenvorschlag enthält jedoch auch solche repressiven Elemente, und es ist für uns ein echtes Abwägen, ihn dennoch zu unterstützen. Wir haben deshalb einen entsprechenden Antrag eingereicht. Besonders kritisch sehen wir die vorgesehene Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Einmal mehr droht hier die Überwachung von Unbeteiligten – und dies in einem unklaren Ausmass. Wenn es eine Videoüberwachung im öffentlichen Raum geben soll, dann braucht es dafür klare, enge Regeln. Während dies im Eingangsbereich des Stadions noch einigermaßen eingegrenzt erscheint, ist die Überwachung von Fanmärschen kaum sauber abgrenzbar. Die Botschaft beschreibt gleich selbst, dass auch Gruppen, die von der Route abweichen, überwacht werden sollen. Das ist schwierig einzugrenzen: Wann weicht man ab und was für Gruppen sind damit gemeint? Wir glauben nicht, dass das eine effiziente Massnahme ist, um etwas verhindern zu können. Uns erscheint es deshalb wichtig, eine Präzisierung vorzunehmen und die Fanmärsche davon auszunehmen. Das sind keine klaren, engen Regeln. Wir werden deshalb den Antrag stellen, diesen Teil zu streichen. Trotz dieser Vorbehalte: Wir treten auf die Vorlage ein, lehnen die Initiative geschlossen ab und sind bereit, den Gegenvorschlag zu unterstützen.

Für die GLP-Fraktion spricht Ursula Berset.

Ursula Berset: Gewalt rund um Fussballspiele ist inakzeptabel. Sport und Gewalt gehören nicht zusammen. Darin sind wir uns hier im Rat einig. Gleichzeitig müssen wir uns auch eingestehen, dass es keine einfache Lösung gibt, um diese Gewalt zu stoppen. Auch wenn die Mitte vorgibt, mit ihrer Initiative genau das zu präsentieren, können uns die in der Initiative aufgeführten repressiven Instrumente nicht überzeugen. Die Regierung hat mit dem Gegenvorschlag eine gangbare Alternative vorgelegt. Auch wenn wir es uns anders gewünscht hätten, enthält aber auch der Gegenentwurf keine Patentrezepte gegen Gewalt rund um Fussballspiele in Luzern. Aber der Gegenvorschlag macht im Wesentlichen das verbindlicher, was mit dem «Luzerner Weg» bereits heute angelegt ist: Auflagen bei Bewilligungen, Vorgaben zur An- und Rückreise, bauliche Anforderungen, Videoüberwachung und Pflichten der Klubs. Das ist aus unserer Sicht sinnvoll. Aber uns stellt sich hier die Frage: Wenn diese Instrumente im Grundsatz bereits vorhanden und mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen möglich sind, wieso ist es der Regierung bis jetzt nicht gelungen, diese beim FCL und gegenüber der Liga auch verbindlich einzufordern? Wieso wurde der bereits vorhandene Spielraum nicht konsequent genutzt? Das muss sich ändern. Für uns ist entscheidend, dass die Regeln und Auflagen auch wirksam durchgesetzt werden. Wenn wir schon ein Kaskadenmodell haben, müssen die Stufen der Kaskade auch konsequent gegangen werden. Verstösse wie gestern Abend müssen spürbare Folge haben. Die Mitte ist offenbar immer noch überzeugt, dass sie mit ihrer Initiative Instrumente anbietet, die das Gewaltproblem lösen. Die Massnahmen tönen zwar gut, helfen aber aus unserer Sicht nicht, um Fangewalt ausserhalb des Stadions zu verhindern. Mit personalisierten Tickets können Ausschreitungen nicht verhindert werden. Wir sind auch gegen Massnahmen, die grossen zusätzlichen Aufwand auslösen, beispielsweise bei der Polizei, aber trotzdem nicht greifen. Die Ausschreitungen rund um Fussballspiele sind für die Bevölkerung sehr unangenehm. Für alle,

die an der Strecke wohnen oder sich in diesem Areal aufhalten, bleibt es ein Ärgernis. Sicherheitspolitisch gesehen ist es aber kein Kernproblem des Kantons. Deshalb ist es aus unserer Sicht wichtig, dass wir die Mitarbeitenden der Polizei für die zentralen Bedrohungen in unserem Kanton einsetzen können. Und das ist in zunehmendem Mass die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Was es aus unserer Sicht braucht, ist erstens ein konsequenterer Vollzug dessen, was heute schon möglich ist, und zweitens nationale Lösungen dort, wo Luzern allein an Grenzen stösst. Gerade bei Fragen wie personalisierten Tickets, Identitätskontrollen oder Datenabgleichen bringt ein kantonaler Alleingang wenig. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein. Wir lehnen den verbleibenden gültigen Teil der Initiative ab. Dem Gegenvorschlag der Regierung stimmen wir ohne Euphorie zu. Es ist wichtig, dass wir einen Gegenvorschlag zur Initiative der Mitte präsentieren können. Zu den einzelnen Anträgen nehmen wir in der Detailberatung Stellung.

Adrian Nussbaum: Die grosse Zustimmung zum Gegenvorschlag zeigt, dass die Initiative richtig und wichtig ist. Zum ersten Mal seit über zehn Jahren stimmt unser Rat einer Verschärfung der Regeln zur Fangewalt zu. Das ist gut so. Wenn es um den gültigen Teil der Initiative geht, der kein übergeordnetes Recht verletzt, gilt leider das Gleiche wie in den letzten Jahren: Und täglich grüsst das Murmeltier. Symbolpolitik nützt nichts, kostet zu viel, verletzt den Datenschutz und wenn kein Argument nützt, ist es einfach ein gesellschaftliches Problem. Dieses Ausredennarrativ kennen wir seit Jahren. Die ID-Pflicht ist keine Erfindung von alt CVP-Politikern, sondern stützt sich auf ein jahrelanges Bedürfnis. Das hat auch der Bundesrat im Hooligan Bericht vom 22. Juni 2022 festgehalten: «Aufgrund der positiven Erfahrung sollten die Kantone zusammen mit sämtlichen Stakeholdern (Sportverbänden, -ligen, und -klubs, Fanarbeit) die Massnahmen flächendeckend und langfristig einführen.» Der gleiche Bericht verweist auf die positiven Erfahrungen der ID-Pflicht beim EV Zug. Auch unsere Regierung hat in früheren Vorstössen und Medienmitteilungen mehrfach die Einführung der ID-Pflicht respektive personalisierte Tickets verlangt. Die heutige Ablehnung der Regierung gründet einzig auf der Tatsache, dass sie keine Luzerner Sonderlösung will. Das ist genau der Punkt. Der Gegenvorschlag beinhaltet Massnahmen, die mit anderen Kantonen und insbesondere mit dem Hooligan-Konkordat in Einklang stehen. Die Initiative oder der gültige Teil geht weiter und verlangt eine Luzerner Sonderlösung. Wie Daniel Rüttimann teile auch ich die Auffassung, dass eine solche Lösung eine Vorbildfunktion haben wird. Das zeigen die Diskussionen in anderen Kantonen, zum Beispiel St. Gallen, Zürich und andere. Deshalb bin ich persönlich der Meinung, dass die Luzerner Bevölkerung genau diese Frage beantworten soll: Wollen wir Verschärfungen im Gegenvorschlag, die mit dem Konkordat vereinbar und in anderen Kantonen auch möglich sind, oder soll der Kanton mit einer Luzerner Sonderlösung weitergehen?

Samuel Zbinden: In mehreren Voten wurde auf die Unterschiede zwischen dem gültigen Teil der Initiative und dem Gegenvorschlag eingegangen. Jetzt geht es noch um die ID-Kontrolle beim Eintritt in die Swissporarena, ob eine solche ID-Kontrolle auch bei Fantransporten erfolgen soll und einen Automatismus im Gesetz, dass es bei Ausschreitungen Kollektivstrafen gegen alle Fans geben soll. Ich möchte einerseits als FCL-Fan und andererseits als Beirat der Fanarbeit meine Perspektive einbringen. Diese drei Dinge, die den Unterschied zwischen dem sehr konstruktiven Gegenvorschlag und der Initiative ausmachen, würden aus meiner Sicht erstens allen Fans schaden, zweitens keine einzige Ausschreitung verhindern und drittens im schlimmsten Fall sogar für mehr Eskalation sorgen. Weshalb? Zur ID-Kontrolle: Wie auch der Vorfall gestern ereignen sich die meisten Vorfälle ausserhalb des Stadions. Weil es keine rechtliche Grundlage zur Speicherung dieser Daten gibt, führen die ID-Kontrollen lediglich zu einer Verzögerung beim Einlass. Es gibt

nichts, was der Polizei oder dem FCL mit den ID-Kontrollen helfen würde, um Ausschreitungen zu verhindern. In Zukunft dürften wir alle 30 Minuten länger warten, bevor wir ins Stadion können. Zu den ID-Kontrollen bei Fantransporten: Das klingt gut, denn davon wären nur die angeblichen Chaoten betroffen. In der Realität würde man aber auch hier dafür sorgen, dass die Fans anstatt mit dem Extrazug mit dem regulären Zug anreisen. Das ist absolut kontraproduktiv. Wie das ohne ein massives Polizeiaufgebot verhindert werden soll, ist mir nicht klar. Zum Automatismus: Auch das klingt gut, jetzt müssen wir endlich durchgreifen. Im Herbst 2024 hat man das getan. Zwar ohne den Automatismus, aber man hat die Logik angewendet. Bei einer Ausschreitung kommt es zu einer Sektorsperrung. Was hat das in der Realität zur Folge? Noch weniger Sicherheit im Stadion. Die Sektorsperrung hat einzig dazu geführt, dass die ganze Fanszene in Geiselhaf genommen wurde und sich mit den Tätern gegen die böse Polizei und Politik solidarisiert hat. Dadurch haben sich alle im Stadion viel weniger sicher gefühlt. Genau deshalb lehnt die Grüne Fraktion auch den gültig verbliebenen Teil der Initiative entschieden ab. Stärken wir mit dem Gegenvorschlag lieber den «Luzerner Weg» von Dialog, Prävention, Verantwortung für den Club und polizeilichen Massnahmen. Heute wird bereits sehr viel unternommen. Es wurde sehr oft gesagt, dass wir alle die Kosten der Ausschreitungen tragen. Wir alle tragen 20 Prozent der Kosten. Nirgendwo in der Schweiz trägt der Klub einen höheren Teil der Kosten als in Luzern. Der FCL trägt 80 Prozent der Kosten. Hören Sie auf zu sagen, dass wir alle die Kosten tragen.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen und Fussballspielen beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Für den Regierungsrat ist klar: Wir wollen sichere und friedliche Spiele. Wir tolerieren keine Gewalt und setzen auf klare Spielregeln, wenn gewaltsame Vorfälle passieren. Gewaltvorfälle sind im Raum Luzern zu Glück schon länger nicht mehr vorgekommen. Kleinere oder grössere Sachbeschädigungen auf Fanmärschen, bei der An- und Abreise kommen leider regelmässig vor. Wie gestern. Sachbeschädigungen verursachen einen grossen Aufwand und sind auch für die Anwohnerinnen und Hausbesitzer ein grosses Ärgernis, wenn wild uriniert, Kleber angemacht oder Sprayereien hinterlassen werden. Hier fehlt es schlicht am Anstand. Das grösste Risiko für Vorfälle sind Fanmärsche und An- und Abreisen. Es ist leider eine Tatsache, dass wir solche Vorfälle nie ganz verhindern werden können. Wir haben aufgrund der Initiative nochmals eine Auslegeordnung gemacht und intensiv mit vielen Beteiligten verschiedene Massnahmen diskutiert. Dabei haben wir zwei Ziele verfolgt: Erstens wollten wir an den bestehenden Massnahmen anknüpfen. Ich meine damit den «Luzerner Weg» – das ist ein Massnahmenmix aus Dialog, Prävention, polizeilichen Massnahmen und Verantwortung des Klubs. Zweitens wollten wir nicht Massnahmen einführen, die nur symbolisch wirken und die nur dann wirkungsvoll sind, wenn sie national abgestimmt werden. Das haben auch Eva Forster und Mario Bucher betont. Wie bereits erwähnt, schlagen wir Ihnen folgendes vor: Eine Präzisierung der Bewilligungspflicht im Gesetz: Risikospiele benötigen künftig eine Einzelbewilligung. Klare Bewilligungsaufgaben für Veranstalter, insbesondere zu Prävention und Dialog, Videoüberwachung im Stadion, die Auferlegung von baulichen Sicherheitsmassnahmen, wenn wir diese für sinnvoll erachten, sowie An- und Rückreisekonzepte der Gastmannschaft. Klare gesetzliche Grundlagen für die Videoüberwachung durch die Luzerner Polizei bei Fanmärschen und beim Stadioneinlass, zur Verstärkung der Einzeltäterverfolgung. Für die Regierung ist klar: Daneben wenden wir, wenn nötig, das Kaskadenmodell an. Gestern Abend kam es zu Sachbeschädigungen. Die Luzerner Polizei als Bewilligungsbehörde verfügt in einem solchen Fall Massnahmen aus dem Kaskadenmodell, die sie einem schweizweiten Gremium beantragt. Diese Massnahmen gelten

für die nächsten Spiele. Ursula Berset und weitere Rednerinnen und Redner haben konsequentes Handeln verlangt. Das tun wir. Wenn es Vorfälle gibt, wenden wir das Kaskadenmodell entsprechend an. Ebenso verstärken wir die Prävention, indem wir das Spotterwesen neu organisiert haben. Die Initiative lehnen wir ab, dies aus folgenden Gründen: Die vorgesehenen Identitätskontrollen unter Abs. 1, lit. a wären in erster Linie eine symbolische Massnahme, die viel Aufwand verursacht und wenig bewirkt. Die ID zeigen und trotzdem wissen wir nicht, wer im Stadion wo sitzt, denn die Daten dürfen nicht gespeichert und nicht ausgetauscht werden. Dafür fehlt eine gesetzliche Grundlage auf Bundesebene. Laut Adrian Nussbaum hat der Bundesrat in einem Bericht festgehalten, dass mit den ID-Kontrollen positive Erfahrungen gemacht wurden. Der Bundesrat kann das schon so sagen, denn schliesslich ist er nicht für den Vollzug verantwortlich, sondern die Polizeikorps der Kantone. Im Konkordat ist ja festgehalten, dass ID-Kontrollen grundsätzlich möglich sind. Die Polizeikorps haben bisher keinen Gebrauch davon gemacht. Es bringt nichts, wenn einzelne Spielorte das tun, sondern das bedingt eine koordinierte Einführung über alle Spielorte. Die gemachten Versuche mit einer ID-Kontrolle in Thun und Sion wurden allesamt abgebrochen, denn sie waren leider nicht wirkungsvoll. Was der Regierungsrat hingegen immer betont hat, sind die personalisierten Tickets. Dazu stehen wir nach wie vor, das finden wir weiterhin sinnvoll. Das ist aber nicht das Gleiche, wie die ID-Pflicht. Leider wurde ein entsprechender Vorstoss vom Nationalrat abgelehnt, der die gesetzliche Grundlage schaffen wollte. Im Moment ist das Thema der personalisierten Tickets auf Eis gelegt. Deshalb können wir diese nicht einführen. Die ID-Pflicht allein bringt aber nichts. Deshalb sind wir der Meinung, dass die Sicherheit mit der ID-Pflicht nicht verbessert werden kann. Unter Abs. 1, lit. b formuliert die Initiative im Detail die An- und Abreise und baut Automatismen ein. Wir haben diesen Punkt der An- und Abreisekonzepte als sinnvoll erachtet und im Gegenentwurf abgeändert übernommen, aber auf die Automatismen in der Formulierung verzichtet. Automatismen in der Gesetzgebung sind in der Regel etwas schwierig zu vollziehen. Das engt auch den Spielraum der Bewilligungsbehörden ein. Abs. 1, lit. c fordert, dass es bei Sachbeschädigungen und Ausschreitungen gegen denselben Gegner automatisch Auflagen gibt. Wenn wir diesen Passus auf das gestrige Spiel anwenden, würde das heissen: Erst, wenn der FC Lausanne nach Luzern kommt, vermutlich in der nächsten Saison, gibt es Auflagen. Das ist doch lächerlich – dann weiss nämlich niemand mehr, was genau vorgefallen ist. Das Kaskadenmodell ist in diesem Fall viel sinnvoller: Die Bewilligungsbehörde, die Luzerner Polizei, wendet bei den nächsten Spielen gegen die Heimfans die Stufe 1 an. Allenfalls wird das Kaskadenmodell auch gegenüber dem FC Lausanne angewendet, darüber bin ich aber nicht im Detail informiert. Es ist doch sinnvoll, möglichst zeitnah und flexibel für das nächste Spiel Massnahmen ergreifen zu können, beispielsweise wenn es gestern zu Gewaltvorfällen mit verletzten Personen gekommen wäre. Laut Stufe 3 hat das ein Sektorsperre zur Folge. Diese könnte erst in einem halben Jahr angewendet werden, das wäre absurd. Dieser Passus ist sehr unglücklich formuliert und würde unseren Spielraum mit dem Kaskadenmodell enorm einschränken. Es wäre nicht konsequent, wenn wir erst ein halbes Jahr später Massnahmen vollziehen müssten. Deshalb ist für uns das Kaskadenmodell wichtig und es gibt keinen Grund, weshalb wir dieses nicht mehr anwenden sollten. Der Regierung sind schweizweit abgestimmte Massnahmen wichtig, die wir mit den anderen Spielstädten vereinbaren. Zwei der drei Punkte aus der Initiative werden in irgendeiner Form mit dem Gegenentwurf angewendet oder in der Praxis bereits umgesetzt. Daran halten wir weiterhin fest. Zu den einzelnen Voten: Es wurde gesagt, dass mit dem Gegenentwurf kein grundlegender Systemwechsel stattfindet. Das ist so. Wir haben tatsächlich nicht die Lösung, die alle Probleme löst. Das ist weder mit der Initiative noch mit dem Gegenvorschlag möglich. Aber

wir präzisieren einige Punkte und werden bei den Auflagen verbindlicher. An diesen Themen müssen wir weiterarbeiten. Es gibt nicht einfach eine Massnahme, mit der alles gelöst werden kann, sondern es braucht einen Massnahmenmix. Die Kosten wurden ebenfalls mehrfach genannt und dass die Steuerzahlenden für einen erheblichen Teil der Kosten aufkommen müssten. Der FCL kommt für 80 Prozent der Kosten auf. Diese Grenze hat das Bundesgericht festgesetzt. Mehr können und dürfen wir dem FCL nicht auferlegen. Das ist das Maximum, das wir bereits anwenden. Die Kosten sind das eine, aber ich finde es schade für die Polizeistunden, die dafür draufgehen. Jede dieser Stunden fehlt an einem anderen Ort. Deshalb haben wir ein gemeinsames Interesse, dass es zu weniger Polizeistunden kommt. Nicht nur wegen der Kosten, sondern damit die Polizei ihre anderen Aufgaben gut bewältigen kann. Insgesamt beantragt Ihnen die Regierung die Ablehnung der Initiative und die Annahme des Gegenentwurfs.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Antrag Daniel Rüttimann zu Ziffer 1: Die Volksinitiative «Gegen Fan-Gewalt», soweit sie nach dem Beschluss über die Teilungültigkeit vom 8. September 2025 noch gültig ist, wird angenommen.

Für die Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK) spricht Kommissionspräsident Patrick Hauser.

Patrick Hauser: Dieser Antrag lag der JSK nicht vor. Allerdings hat die Kommission die Initiative mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Daniel Rüttimann: Der Antrag der Mitte-Fraktion kommt wenig überraschend und ist konsequent im Zusammenhang mit der Initiative. Wie bereits im Eintreten erwähnt, setzt der Gegenvorschlag eigentlich bereits mögliche Vorgehen verpflichtend im Luzerner Polizeigesetz fest. Wie ebenfalls erwähnt, ergibt das von der Initiative gültig Verbliebene ein sinnvolles Ganzes. Deshalb halten wir an unserem Antrag fest. Es kann eine Luzerner Lösung mit weiteren Vorgaben und mit stärkeren Einfluss für die Sicherheit geben, wie eine ID-Pflicht, die verbindliche Einbindung der Gästeklubs oder Teile des Kaskadenmodells. Vielleicht sorgt das für eine nationale Vorbildwirkung, wo solche Punkte immer noch Thema sind. Wir beantragen deshalb, die Volksinitiative mit dem gültig verbliebenen Teil anzunehmen im Sinn einer wirkungsvollen, nachhaltigen Luzerner Lösung.

Anja Meier: Ich habe bereits beim Eintreten ausgeführt, weshalb die SP-Fraktion den verbleibenden gültigen Teil der Initiative ablehnt. Der Kern des restlichen Initiativtextes – die automatische Identitätskontrolle beim Stadioneintritt – zeigt exemplarisch, warum diese Initiative ins Leere läuft und hinsichtlich Sicherheit keinen Mehrwert bringt. Erstens: Die Kontrollen verursachen der Polizei einen erheblichen Aufwand, da sämtliche Besucherinnen und Besucher zuerst kontrolliert werden müssten, Samuel Zbinden hat es in der Eintretensdebatte ausgeführt. Heute ist der Jahresbericht der Luzerner Polizei erschienen, darin findet sich eine eindruckliche Zahl: Im letzten Jahr haben Mitarbeitende der Luzerner Polizei knapp 69 000 Überstunden geleistet. Diese Zahl finde ich erschreckend und sie muss uns zu denken geben. Würde die Initiative angenommen, würde diese Zahl weiter ansteigen. Zweitens: Die beim ID-Scan erhobenen Daten am Stadioneingang können und dürfen nicht gespeichert und später auch nicht an die Strafverfolgungsbehörden weitergegeben werden. Das heisst: Man kontrolliert zwar, gewinnt aber nichts, was später zur Aufklärung oder Strafverfolgung tatsächlich beitragen würde. Drittens: Jetzt könnte man sich noch fragen, ob man zumindest in diesem einen Moment, in dem eine ID gescannt wird, immerhin durch einen kurzen Abgleich mit der HOOGAN-Datenbank diejenigen Fans herausfiltern könnte, die sich in der Vergangenheit gewalttätig verhalten haben und mit einem Stadion- oder Rayonverbot belegt sind. Aber: Wie uns die Polizei mehrfach versichert hat, halten sich die in

der HOOGAN-Datenbank verzeichneten Personen mit einem Stadion- und Rayonverbot sehr gut an ihre Auflagen. Sie bleiben dem Stadion fern – auch, weil sie in der Szene bekannt sind. Sie steigen bei der Anreise schon vorher aus oder schauen den Match beispielsweise in Emmenbrücke in der Beiz. Wir brauchen also keine aufwändige ID-Kontrollen für alle Stadiongäste, um einige wenige Personen mit Stadionverbot von der Swissporarena fernzuhalten, das wäre nicht verhältnismässig. Viertens: Die meisten sicherheitsrelevanten Vorfälle geschehen ausserhalb des Stadions – auf der An- und Rückreise. An solchen Vorfällen, wie sie gestern Abend am Bahnhof Luzern passiert sind, ändert eine ID-Abfrage am Stadioneingang vor dem Anpfiff nichts, so tragisch, ärgerlich und inakzeptabel sie auch sind. Fünftens: Falls im Stadion doch einmal ein sicherheitsrelevanter Vorfall passiert, dann liefert eine ID-Kontrolle von jenen, die den Stadioneingang passiert haben, keine brauchbare Erkenntnisse. Ohne personalisierte Tickets oder Sitzplatzpflicht ist nicht nachvollziehbar, wer sich wo im Stadion aufgehalten hat – eine Zuordnung einzelner Vorfälle zu Personen ist unmöglich. Flächendeckende ID-Kontrollen sind wirkungslos und zum Scheitern verurteilt. Daher lehnt die SP-Fraktion den Antrag und die verbleibende Initiative ab.

Laura Spring: Die Grüne Fraktion schätzt es, dass sich die Mitte gegen Gewalt einsetzen will. Wir lehnen Gewalt in allen Dimensionen ab. In England wurden Studien zum Thema Fussballspiele erstellt. Diese zeigten, dass der Anteil von häuslicher Gewalt in den eigenen vier Wänden rund um grosse Fussballspiele der Premier League oder der Nationalmannschaft massiv zunimmt. Der Anteil von Frauen nimmt zu, die ein Frauenhaus aufsuchen müssen. Solche Zahlen liegen in der Schweiz nicht vor. Ich gehe aber davon aus, dass es hier ein ähnliches Phänomen gibt. Ich beobachte das leider auch schon bei Juniorspielen meiner Kinder. Wir haben ein Gewaltproblem. Sie merken, worauf ich hinaus will: Wir müssen hinschauen, wo diese Gewalt entsteht. In unserer Gesellschaft existieren problematische Männlichkeitsbilder, die bereits Kindern mitgegeben werden. Solche Situationen erleben sie zu Hause. Ich Sorge mich mehr um die zukünftige Situation meiner Tochter in ihrem zu Hause. Die Statistik zeigt, dass sie mehr Angst vor ihrem zukünftigen Partner haben muss als vor einem Stadionbesuch. Wir Grünen sind bereit, zusammen mit der Mitte Lösungen gegen die leider existierenden und bedauerlichen Gewaltspiralen in unserer Gesellschaft zu suchen. Mit dieser Initiative lösen wir aber kein einziges dieser Probleme.

Mario Bucher: Der Vorredner und die Vorrednerinnen haben bereits viel gesagt, beispielsweise Anja Meier. Die Mitte nennt diesen Antrag konsequentes Handeln im Prozess, man könnte es aber auch Trotzen nennen. Der Antrag ist auch für die Galerie gedacht, daher lehnt ihn die SVP-Fraktion ab. Laura Spring, wenn wir tatsächlich vom Thema abschweifen wollen, könnten wir auch mit der ganzen Gewaltgeschichte kommen und sagen, dass England im Ausland ist und es sich vielleicht um ein Ausländerproblem handelt? Ich weiss es nicht.

Eva Forster: Wir erachten die Stärkung des «Luzerner Weges» und eine konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten als den richtigen Weg. Die Bevölkerung erwartet konsequentes Handeln. Bezüglich der bevorstehenden Abstimmung haben wir uns zudem gefragt, ob der ungültige Teil im Abstimmungsbüchlein geschwärzt, durchgestrichen oder nicht mehr ersichtlich sein wird. Die FDP-Fraktion lehnt den Antrag grossmehrheitlich ab.

Fritz Gerber: Ich spreche im Namen einer kleinen Minderheit der SVP-Fraktion. Die Initiative könnte ehrlicherweise auch aus der Feder der SVP stammen. ID-Kontrollen sind eine vorbeugende Massnahme. Es hat eine vorbeugende Wirkung, wenn jemand weiss, dass er überwacht und kontrolliert wird und der Polizei seine Anwesenheit bekannt ist. Bei diesen Chaoten in der Schweiz handelt es sich nicht um Zehntausende von Personen, sondern um ein paar Hundert oder Tausend. Diese Personen überlegen sich zweimal, ob sie draussen etwas tun, das man nicht tun sollte. Das ist viel wirksamer, auch wenn man es nicht beweisen

kann. Das ist logisch, das war schon als Schulkind so: Wenn wir wussten, dass der Lehrer uns sehen konnte, haben wir weniger angestellt. Dieser psychologische Mechanismus funktioniert hier genau gleich. Ich würde dem Antrag zustimmen. Die Massnahmen sind sehr wirksam, auch wenn sie in der Umsetzung nicht ganz einfach sind. Aber sie sind machbar und werden an vielen Orten umgesetzt und funktionieren gut.

Anja Meier: Fritz Gerber, ich korrigiere Sie nur sehr ungern, aber die Polizei weiss nicht, wer sich vor dem Stadioneingang aufgehalten hat, da diese Daten nicht gespeichert oder herausgegeben werden dürfen. Deshalb hat es auch keine präventive Wirkung. Automatische ID-Kontrollen sind deshalb wirkungslos.

Martin Birrer: Ich gebe es zu, im Moment bin ich mit dem EV Zug am Verlieren. Der EV Zug wurde vorhin genannt. In Zug werden ID-Kontrollen durchgeführt. Während der ganzen Saison ist der Gästesektor praktisch leer. Die Gästefans kommen nicht nach Zug, weil es eine ID-Kontrolle gibt. Man kann das gut finden, denn dann kommen die Gästefans nicht. Aber beim letzten Spiel gegen Rapperswil-Jona kamen uns vor dem Stadion 200 Vermummte entgegen. Da kann man sich schon über den Sinn fragen. Ich war zuerst grundsätzlich für ID-Kontrollen, aber ich denke, sie erzielen nicht das, was man eigentlich möchte.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Eine Ergänzung zum Votum von Fritz Gerber: Wie Anja Meier ausgeführt hat, handelt es sich beim FCL um eine Privatperson. Bei der Durchführung von ID-Kontrollen werden die Daten deshalb nicht gespeichert oder ausgetauscht. Die Polizei erhält diese Daten also nicht. Wir haben Ihnen einen Gegenentwurf zur Initiative unterbreitet. Deshalb ist es folgerichtig, dass wir die Initiative ablehnen. Wir haben zwei Drittel der verbleibenden gültigen Initiative entweder im Gegenentwurf aufgenommen oder setzen diese in der Praxis um. Wir setzen auf wirkungsvolle Massnahmen und stärken mit dem Gegenentwurf die Verbindlichkeit. Wir setzen das Kaskadenmodell konsequent und verbindlich um. Es ist uns wichtig, dass diese Massnahmen auch national abgestimmt werden. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 76 zu 33 Stimmen ab.

Die Schlussabstimmung zum Kantonsratsbeschluss über die Volksinitiative «Gegen Fan-Gewalt» erfolgt nach der 2. Beratung des Gegenentwurfs.